

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 7 | 22. März bis 11. April 2021

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Europäisches Parlament fordert EU-Strategie für sicheres und sauberes Reisen

Das Europäische Parlament wies in seiner Entschließung vom 25. März 2021 darauf hin, dass der Ausbruch von COVID-19 die Tourismusbranche in der Europäischen Union (EU) lahmgelegt hat. Aufgrund der Pandemie habe sich die Nachfrage der Reisenden „hin zu einem sicheren, sauberen und nachhaltigeren Tourismus verschoben“, so das Parlament. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, gemeinsame Kriterien für ein sicheres Reisen unverzüglich in vollem Umfang umzusetzen. Diese sollten ein EU-Gesundheitsschutzprotokoll für Tests vor dem Abflug einschließen und festlegen, dass eine Quarantäne nur als äußerstes Mittel verhängt werden sollte. Eine gemeinsame Impfbescheinigung sollte das Reisen erleichtern und als Alternative zu PCR-Tests und Quarantänenvorschriften dienen, so die Abgeordneten. Eine neue Bescheinigung sollte den Schutz der Privatsphäre und der Daten achten und könnte zum Einsatz kommen, sobald hinreichend belegt ist, dass geimpfte Personen das Virus nicht übertragen. Die Entschließung fordert die Europäische Kommission außerdem auf, ein EU-Gesundheitsbescheinigungssiegel einzuführen, das Mindesthygienevorschriften zur Prävention und Kontrolle des COVID-19-Virus bescheinigen und dazu beitragen könnte, das Vertrauen der Verbraucher in die Tourismusbranche wiederherzustellen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210322IPR00524/eu-abgeordnete-fordern-sicheres-und-sauberes-reisen>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0109_DE.html

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäische Kommission will Bio-Landwirtschaft voranbringen

EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski hat am 25. März 2021 einen Aktionsplan zur Förderung der Bio-Landwirtschaft vorgestellt. Bis 2030 soll ein Viertel der Fläche in der Europäischen Union (EU) ökologisch bewirtschaftet werden. Außerdem soll die Bio-Aquakultur ausgebaut werden. Die Bio-Produktion sei mit einer Reihe von Vorteilen verbunden: Ökologisch/biologisch bestellte Felder wiesen rund 30 Prozent mehr Biodiversität auf. Ökologisch/biologisch gehaltene Tiere genossen einen höheren Tierschutz und erhielten weniger Antibiotika. Bio-Betriebe hätten höhere Einkommen und seien widerstandsfähiger. Die Verbraucher wüssten dank des EU-Bio-Logos, was sie bekommen. Der Aktionsplan steht mit dem europäischen Grünen Deal, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie in Einklang. Der Aktionsplan sieht 23 Maßnahmen in drei Schwerpunktbereichen – Förderung des Verbrauchs, Ausbau der Produktion und weitere Stärkung der Nachhaltigkeit – vor.

Im Aktionsplan werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Nachfrage angekurbelt, das Verbrauchervertrauen bewahrt und Bio-Lebensmittel den Bürgern nähergebracht werden sollen. Dazu gehört: Information und Kommunikation über die ökologische/biologische Produktion, Förderung des Verbrauchs von Bio-Erzeugnissen, Förderung des Angebots von Bio-Erzeugnissen in öffentlichen Kantinen über das öffentliche Auftragswesen und Ausbau der Verteilung von Bio-Erzeugnissen im Rahmen des EU-Schulprogramms. Die Maßnahmen zielen außerdem darauf ab, Betrug vorzubeugen, das Verbrauchervertrauen zu stärken und die Rückverfolgbarkeit von Bio-Erzeugnissen zu verbessern.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210325-bio-landwirtschaft_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1275

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/com2021_141_act_organic-action-plan_en.pdf

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_21_1277

2. Europäische Kommission plant neue Impulse für die energetische Gebäuderenovierung

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 30. März 2021 eine öffentliche Konsultation zu dem für das vierte Quartal 2021 geplanten Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.

Im Jahr 2020 hat die Europäische Kommission ihre Strategie für eine Renovierungswelle vorgelegt, um neue Impulse für die energetische Gebäuderenovierung in der Europäischen Union zu setzen. Diese Strategie umfasst einen Maßnahmenplan mit i) rechtlichen, finanziellen und unterstützenden Maßnahmen und ii) dem Ziel, die jährliche Renovierungsquote in diesem Bereich bis 2030 mindestens zu verdoppeln. Dazu müssten auch die einschlägigen EU-Vorschriften überarbeitet werden, die in der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden festgelegt sind. Die Überarbeitung konzentrierte sich daher auf zentrale Bestimmungen für die Förderung der Gebäuderenovierung. Bis zum 22. Juni 2021 können Beiträge zu dieser Konsultation eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12910-Revision-of-the-Energy-Performance-of-Buildings-Directive-2010-31-EU>

3. Europäisches Parlament fordert drastische Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher vor Plastikabfällen im Meer

In einem Bericht, der am 25. März 2021 angenommen wurde, betonen die Europaabgeordneten, dass Meeresabfälle, insbesondere Nano- und Mikroplastik, für eine Reihe von Meerestierarten sowie für Fischer und Verbraucher „eine ernsthafte Bedrohung“ darstellen. Der Text hebt hervor, dass ein durchschnittlicher Konsument von Schalentieren aus dem Mittelmeer durchschnittlich 11 000 Plastikpartikel pro Jahr zu sich nimmt. Abfälle aus Fischerei und Aquakultur machten 27 Prozent der Abfälle im Meer aus. Daher fordert das Europäische Parlament die Europäische Union (EU) auf, den Ausbau der Kreislaufwirtschaft in diesem Sektor zu beschleunigen, indem Styroporverpackungen aus dem Verkehr gezogen und die Verfahren für die Sammlung von Meeresabfällen und das Recycling verbessert werden.

Die Abgeordneten fordern außerdem einen EU-Aktionsplan, um den Verbrauch von Kunststoffen deutlich einzuschränken und die Verschmutzung von Flüssen, Wasserläufen und Küsten zu bekämpfen, wobei sie darauf hinweisen, dass 80 Prozent des Meeresmülls vom Land stammt. Die Abgeordneten fordern außerdem, dass mehr über die Auswirkungen von Meeresabfällen und Nano- und Mikroplastik auf die Fischereiressourcen geforscht wird.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210322IPR00525/parlament-fordert-drastische-massnahmen-zur-minderung-der-abfalle-im-meer>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0096_DE.html

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. EU-Mitgliedstaaten unterstützen Maßnahmen zur Förderung von Sofortzahlungen und EU-weiten Zahlungslösungen

Der Rat der Europäischen Union hat am 22. März 2021 Schlussfolgerungen zur EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr angenommen, die die Europäische Kommission im September 2020 vorgelegt hat. Der Rat unterstützt die allgemeinen Ziele der Strategie uneingeschränkt; dazu zählen die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen und innovativen Massenzahlungsmarkts in der Europäischen Union (EU), die Förderung der Einführung von Sofortzahlungen und die Schaffung von Voraussetzungen für die Entwicklung EU-weiter Zahlungslösungen, um die Abhängigkeit der EU von großen globalen Akteuren in diesem Bereich zu verringern. Die EU-Mitgliedstaaten wollen es den Verbrauchern erleichtern, in Geschäften zu bezahlen, und sie wollen Zahlungsvorgänge im elektronischen Handel in der gesamten EU allgemein verfügbar, bequem und sicher machen. Der Rat hebt die Herausforderungen hervor, die bei der Weiterentwicklung und der Regulierung des Markts zu berücksichtigen sind, wie finanzielle Inklusion, Sicherheit und Verbraucherschutz, Datenschutz und Bekämpfung von Geldwäsche. Der Rat erteilt der Europäischen Kommission ein starkes politisches Mandat, um Initiativen in diesen Bereichen voranzutreiben und gegebenenfalls nach einer gebührenden Folgenabschätzung Gesetzgebungsvorschläge zu unterbreiten. Hierzu zählt auch eine umfassende Überprüfung der Zahlungsdiensterichtlinie.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/03/22/retail-payments-council-supports-action-to-promote-instant-payments-and-eu-wide-payment-solutions/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7225-2021-INIT/de/pdf>

(Schlussfolgerungen)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0592&from=DE>

(Mitteilung der Kommission)

2. Europäische Kommission will Hindernisse für Sofortzahlungen beseitigen

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 31. März 2021 eine öffentliche Konsultation zu Sofortzahlungen. Angesprochen sind alle Interessenträger. Ausdrücklich erwähnt werden auch Verbraucher. Die Kommission erwartet von dieser Konsultation Informationen über noch verbleibende Hindernisse für Sofortzahlungen und über mögliche Maßnahmen auf europäischer Ebene. Im

Rahmen der Konsultation soll auch ermittelt werden, wie die Nachfrage von Verbrauchern und Wirtschaftsteilnehmern angeregt werden kann. Beiträge können bis zum 23. Juni 2021 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12931-Instant-Payments/public-consultation>

3. Europäische Finanzaufsichtsbehörden bewerten Beschwerdeverfahren für Verbraucher positiv

Der Gemeinsame Ausschuss der drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden für Banken (EBA), für Versicherungen (EIOPA) und für Wertpapiere (ESMA) hat am 31. März 2021 einen Bericht über die Anwendung der Leitlinien für die Bearbeitung von Beschwerden veröffentlicht. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Leitlinien zu einem kohärenten Ansatz bei der Bearbeitung von Beschwerden in den Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektoren beigetragen haben und zu besseren Ergebnissen für die Verbraucher geführt haben. Es sei deshalb nicht erforderlich, die Leitlinien zu überarbeiten.

<https://www.eba.europa.eu/european-supervisory-authorities-issue-report-application-their-guidelines-complaints-handling>

https://www.eba.europa.eu/sites/default/documents/files/document_library/Publications/ort%20on%20complaints-handling.pdf

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bestätigen Kurs in der Pandemiebekämpfung

Bei ihrer Videokonferenz am 24. März hielten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) die Beschleunigung der Herstellung, Lieferung und Bereitstellung von Impfstoffen nach wie vor für entscheidend, um die Krise zu überwinden. Sie betonten, wie wichtig sowohl Transparenz als auch die Anwendung von Ausfuhrgenehmigungen sind. Unternehmen müssten die Planbarkeit ihrer Impfstoffherstellung gewährleisten und vertragliche Lieferfristen einhalten. Sie bestätigten außerdem, dass die Zuteilung der Impfstoffe anteilig anhand der Bevölkerungszahl erfolge.

Die epidemiologische Lage sei nach wie vor ernst, auch angesichts der mit Virusvarianten verbundenen Herausforderungen. Daher müssten Beschränkungen, einschließlich nicht unbedingt notwendige Reisen, vorerst beibehalten werden. Dabei sei die besondere Situation der Grenzgemeinschaften zu berücksichtigen. Der ungehinderte Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb des Binnenmarkts müsse weiterhin sichergestellt werden. Dennoch sollte mit der

Ausarbeitung eines gemeinsamen Ansatzes für die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen begonnen werden. Die Arbeit an einem COVID-19-Zertifikat sollte dringend vorangebracht werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/49005/250321-vtc-euco-statement-de.pdf>

2. Europäische Kommission verschärft Genehmigungspflicht für Ausfuhren von COVID-19-Impfstoffen

Die Europäische Kommission erließ am 24. März 2021 eine Durchführungsverordnung wonach die Ausfuhr von COVID-19-Impfstoffen aus der Europäischen Union (EU) nicht nur bei Nichterfüllung von Abnahmegarantien der EU mit Impfstoffherstellern, sondern auch bei fehlender Gegenseitigkeit oder Verhältnismäßigkeit zu versagen ist. Bei Ausfuhren von COVID-19-Impfstoffen prüfen die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission fortan nicht nur, ob Hersteller ihre Lieferverträge mit der EU erfüllen. Untersucht wird auch, ob das Bestimmungsland selbst Ausfuhren beschränkt (Grundsatz der Gegenseitigkeit) und wie dort die epidemiologische Lage, die Impfquote und die Impfstoffvorräte sind (Verhältnismäßigkeit).

Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis erinnerte daran, dass AstraZeneca der EU für das erste Quartal 120 Millionen Dosen des Impfstoffs vertraglich zugesichert habe, aber nur 30 Millionen liefern wolle. Die EU habe seit Ende Januar 380 Ausfuhranträge über insgesamt rund 43 Millionen Dosen für 33 verschiedene Bestimmungsländer bewilligt. Zu den wichtigsten Ausfuhrzielen zählen das Vereinigte Königreich (mit rund 10,9 Millionen Dosen), Kanada (6,6 Millionen), Japan (5,4 Millionen), Mexiko (4,4 Millionen), Saudi-Arabien (1,5 Millionen), Singapur (1,5 Millionen), Chile (1,5 Millionen), Hongkong (1,3 Millionen), Korea (1,0 Millionen.) und Australien (1,0 Millionen).

https://ec.europa.eu/germany/news/20210324-ausfuhren-covid-19-impfstoffe_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1352

https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/march/tradoc_159498.pdf

3. Europäisches Parlament ermöglicht Digitales Grünes Zertifikat

Das Europäische Parlament stimmte am 25. März für die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens hinsichtlich des Rechtsakts zur Einführung des Digitalen Grünen Zertifikats, damit dieses noch bis Juni 2021 eingeführt werden kann. Dieses Zertifikat soll sicheres und freies Reisen innerhalb der Europäischen Union (EU) während der COVID-19-Pandemie erleichtern. Laut dem Vorschlag der Europäischen Kommission könnte das Zertifikat Informationen über den Coronavirus-Impfstatus, Testergebnisse und bereits überstandene Infektionen

von Reisenden enthalten. Mehrere Abgeordnete betonten die Notwendigkeit starker Datenschutzvorkehrungen für persönliche und medizinische Daten. Außerdem dürften diejenigen, die nicht geimpft wurden, nicht diskriminiert werden.

Aufgrund des Dringlichkeitsverfahrens entfällt die Beratung in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments. Das Parlament wird in der nächsten Plenarsitzung (26.-29. April 2021) sein Mandat für die Verhandlungen mit dem Rat der EU annehmen, welches auch Änderungen am Vorschlag der Europäischen Kommission enthalten kann. Das Ergebnis der Verhandlungen muss sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat der EU gebilligt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210323IPR00654/digitales-grunes-zertifikat-bis-juni-parlament-beschleunigt-verfahren>

4. Leichtere Zulassung angepasster Impfstoffe gegen COVID-19-Varianten

Die Europäische Kommission unterbreitete am 24. März 2021 einen Durchführungsrechtsakt (delegierte Verordnung) mit einer Sofortmaßnahme zur beschleunigten Zulassung von angepassten COVID-19-Impfstoffen. Anlass ist das Risiko des Auftretens von Coronavirusmutationen mit Resistenz gegen vorhandene Impfstoffe. Ausgehend von dem Vorgehen bei Anpassungen der Impfstoffe gegen Grippe wird ein vereinfachtes Verfahren für die Anpassung des Wirkstoffs zugelassener COVID-19-Impfstoffe festgelegt. Damit können angepasste Impfstoffe auch dann zugelassen werden, wenn der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) nur in geringerem Umfang als bei der Erstzulassung Daten vorgelegt werden. Der Rechtsakt kann in Kraft treten, wenn das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union keine Einwände erheben.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210324-angepasste-impfstoffe-covid19-varianten_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1088

https://ec.europa.eu/info/files/commission-delegated-regulation-examination-variations-terms-marketing-authorisation-medicinal-products-human-use-and-veterinary-medicinal-products_de (delegierte Verordnung)

5. Europäische Arzneimittelagentur ergänzt Warnhinweis für Impfstoff von AstraZeneca

Die Europäische Arzneimittelbehörde (European Medicines Agency, EMA) sah am 7. April 2021 keinen Grund, von der Empfehlung des Covid-19-Impfstoffs von AstraZeneca (Vaxzevria) für alle Personen ab 18 Jahren abzurücken. Der Impfstoff sei hoch wirksam und gut verträglich. In sehr seltenen Fällen könnten jedoch innerhalb von zwei Wochen nach der Impfung Blutgerinnsel auftreten. Es sollten daher entsprechende Warnhinweise aufgeführt werden. Die EMA listete Symptome auf, bei denen unverzügliche ärztliche Hilfe erforderlich ist. Bei

34 Millionen Geimpften in Europa seien bis 4. April 2021 222 Fälle von Blutgerinnseln gemeldet worden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/astrazenecas-covid-19-vaccine-ema-finds-possible-link-very-rare-cases-unusual-blood-clots-low-blood>

6. Risikobewertung im Lebensmittelbereich wird transparenter

Am 27. März 2021 sind in der Europäischen Union (EU) neue Regeln zur Transparenz der Risikobewertung im Lebensmittelbereich in Kraft getreten. Die Europäische Kommission hatte sie im April 2018 als Antwort auf die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden“ vorgeschlagen. Bürger erhalten nunmehr automatisch Zugang zu allen Studien und Informationen, die die Industrie im Verlauf einer Risikobewertung vorlegt. Zudem werden Interessenträger und Öffentlichkeit zu den vorgelegten Studien konsultiert. Die Zivilgesellschaft wird ebenso wie EU-Staaten und Europäisches Parlament auch stärker in die Arbeit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einbezogen. Zu den Neuerungen gehören:

- Mehr Transparenz: Die Bürger erhalten über die EFSA-Website automatisch Zugang zu allen Studien und Informationen, die die Industrie im Verlauf der Risikobewertung vorlegt, außer in begründeten Ausnahmefällen. Darüber hinaus werden Interessenträger und breite Öffentlichkeit zu den vorgelegten Studien konsultiert, auch um zu eruieren, ob weitere Daten oder Studien verfügbar sind.
- Größere Unabhängigkeit der Studien: Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wird über sämtliche in Auftrag gegebene Studien unterrichtet, damit Unternehmen, die eine Zulassung beantragen, auch tatsächlich alle relevanten Informationen übermitteln und keine aus ihrer Sicht ungünstigen Studien zurückhalten. Darüber hinaus wird die Kommission in den kommenden vier Jahren vor Ort nachprüfen, ob Laboratorien und Studien den Standards entsprechen.
- Stärkere Einbeziehung und engere wissenschaftliche Zusammenarbeit: Mitgliedstaaten, Zivilgesellschaft und Europäisches Parlament sind ab 1. Juli 2022 im Verwaltungsrat der EFSA angemessen vertreten und dadurch in die Entscheidungen der Behörde einbezogen. Die Mitgliedstaaten fördern die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der EFSA und vermitteln ihr die besten unabhängigen Experten.

Kommission, EFSA und EU-Staaten arbeiten nun daran, die letzte Änderung der neuen Verordnung umzusetzen: sie erarbeiten einen allgemeinen Plan für die Risikokommunikation, um während des gesamten Risikoanalyseprozesses ein systematisches Vorgehen zu gewährleisten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210325-risikobewertung-wird-transparenter_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1386

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32019R1381>

(Transparenzverordnung)

7. Studie bestätigt Geschmacksunterschiede bei Markenprodukten

Die Europäische Kommission hat am 23. März 2021 die Ergebnisse des zweiten Teils einer EU-weiten Untersuchung der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU über Lebensmittelprodukte veröffentlicht. Damit sollte herausgefunden werden, ob die unterschiedliche Zusammensetzung von Markenprodukten, wie sie im ersten Teile der Studie bestätigt wurde, mit menschlichen Sinnen wahrgenommen werden kann. Die Resultate zeigen, dass sensorische Unterschiede bei großen Abweichungen in der Zusammensetzung der Produkte deutlich erkennbar sind. So können sich beispielsweise erhebliche Unterschiede beim Zuckergehalt von Frühstückscerealien auf die Wahrnehmung der Gesamtsüße des Erzeugnisses auswirken. Der erste Teil der Studie wurde 2019 vorgelegt und konzentrierte sich auf Unterschiede in der Zusammensetzung von Lebensmitteln. Etwa ein Drittel der geprüften Produkte wiesen laut Studie Unterschiede auf, die nicht unmittelbar den Informationen auf der Packungsvorderseite, sondern nur der Liste der Zutaten zu entnehmen waren.

Im September 2017 gab die Europäische Kommission den nationalen Behörden konkrete Leitlinien für die Anwendung des geltenden EU-Verbraucherschutz- und Lebensmittelrechts auf mutmaßliche Fälle von Lebensmitteln von zweierlei Qualität an die Hand. Im April 2018 schlug die Kommission im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher eine Änderung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken vor, um klarzustellen, wann Lebensmittel von zweierlei Qualität eine Irreführung der Verbraucher darstellen. Die geänderte Richtlinie gilt ab dem 28. Mai 2022 in der gesamten Europäischen Union.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210323-lebensmittel-studie_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1301

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/results-eu-wide-comparison-quality-related-characteristics-branded-food-products-part-2-sensory>

8. Europäische Kommission plant Förderung von nachhaltigem Verbrauch von Lebensmitteln

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 31. März 2021 eine öffentliche Konsultation zu einem für das erste Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine Verordnung über die Absatzförderung für europäische Lebensmittel. Ziel sei es, den Beitrag von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Lebensmitteln aus der Europäischen Union (EU) zu nachhaltiger Produktion und zu nachhaltigem Verbrauch zu erhöhen. Dabei werde auch der Trend hin zu einer stärker pflanzlichen Ernährung mit weniger rotem und verarbeitetem Fleisch und mehr Obst und Gemüse berücksichtigt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12782-Information-and-promotion-measures-for-agricultural-and-food-products-in-the-internal-market-and-in-non-EU-countries>

9. Europäische Kommission klärt Kennzeichnung von alkoholischen Getränken

Die Europäische Kommission stellte für die Zeit vom 26. März 2021 bis 23. April 2021 zwei Entwürfe von Durchführungsrechtsakten (Delegierte Verordnungen) zur Konsultation. Durch diese Initiative im Zusammenhang mit der neuen Spirituosenverordnung sollen die technischen Spezifikationen für Spirituosen angepasst werden, um die Verbraucher besser zu informieren. Es handelt sich zum einen um eine Aktualisierung der EU-Kennzeichnungsvorschriften für Fälle, in denen es bei der Kennzeichnung anderer alkoholischer Getränke als Spirituosen und Liköre Anspielungen (direkte oder indirekte Verweise) auf Namen von Spirituosen gibt. Zum anderen geht es um eine Aktualisierung der EU-Kennzeichnungsvorschriften für alkoholische Getränke, die sich aus Spirituosen und anderen Lebensmitteln zusammensetzen (zusammengesetzte Begriffe). In beiden Fällen sollen die Verbraucher korrekt über den tatsächlichen Namen des betreffenden Getränks informiert werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12653-Labeling-of-alcoholic-beverages-allusions->

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12652-Labeling-of-alcoholic-beverages-compound-terms->

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Europäische Kommission für mehr Sicherheit für Kinder im digitalen Umfeld

Die Europäische Kommission hat am 24. März 2021 die erste umfassende EU-Kinderrechtsstrategie sowie einen Vorschlag zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie angenommen. Ziel ist, die Kinderrechte zu stärken, die bestmöglichen Voraussetzungen für Kinder zu schaffen und die Chancengleichheit von Kindern zu fördern, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Ein wesentlicher Themenbereich der Strategie ist das Recht der Kinder auf Sicherheit im digitalen Umfeld und auf Nutzung der sich dort bietenden Chancen. Die Kommission wird die Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder aktualisieren, und das vorgeschlagene Gesetz über digitale Dienste soll sichere Online-Erfahrungen bieten. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, die Vorschriften zum Schutz von Kindern in der überarbeiteten Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste wirksam umzusetzen und die Entwicklung grundlegender digitaler Kompetenzen von Kindern zu unterstützen. Darüber hinaus fordert die Kommission IKT-Unternehmen nachdrücklich auf, schädliche Verhaltensweisen im Internet zu bekämpfen und illegale Inhalte zu entfernen.

Ein neuer Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission stellt fest, dass Kinder, die aus der Ferne lernen, häufiger als vor der Pandemie mit negativen Online-Inhalten konfrontiert sind (z. B. Cybermobbing oder der Kontakt mit ungeeignetem Material). Etwa 21 Prozent der Schüler erlebte demnach während der ersten Eindämmungsmaßnahmen im Frühjahr 2020 häufiger irgendeine Art von Cybermobbing. 28 Prozent berichteten, im gleichen Zeitraum eine Zunahme von Hassbotschaften in Bezug auf Menschen anderer Rasse, Religion, Nationalität oder Sexualität erlebt zu haben. Bei 29 Prozent der Befragten wurden persönliche Daten online in einer Weise verwendet, die ihnen nicht gefiel.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210324-eu-strategie-kinderrechte_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1226

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/1_de_act_part1_v2_1.pdf

(EU-Kinderrechtsstrategie)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0137&qid=1617133513941&from=DE>

(Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder)

https://ec.europa.eu/germany/news/20210324-eu-strategie-kinderrechte_de

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC124034>

(Bericht Gemeinsame Forschungsstelle)

2. Europäisches Parlament fordert bessere Durchsetzung von Datenschutz in digitalen Plattformen

In seiner Entschließung vom 25. März 2021 kam das Europäische Parlament zum Schluss, dass die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten insgesamt ein Erfolg ist. Das Parlament teilt die Auffassung der Europäischen Kommission, dass eine Überarbeitung oder Überprüfung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich ist. Das Parlament stellt jedoch fest, dass eine entschiedene und wirksame Durchsetzung der DSGVO in großen digitalen Plattformen, integrierten Unternehmen und anderen digitalen Diensten erforderlich ist, insbesondere in den Bereichen Internetwerbung, Mikrotargeting, Profiling durch Algorithmen, Ranking und Verbreitung und Hervorhebung von Inhalten. Das Parlament weist im Übrigen darauf hin, dass ergänzend zur DSGVO die Vorschriften über den Datenschutz in der elektronischen Kommunikation von 2002 und 2009 aktualisiert werden müssen, um den Schutz der Grundrechte der Bürger und die Rechtssicherheit für Unternehmen zu verbessern.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0111_DE.html

3. Twitter, TikTok, Google und Microsoft wollen Corona-Desinformationen mit neuen Funktionen bekämpfen

Twitter, TikTok, Google und Microsoft wollen mit neuen Funktionen falsche und irreführende Informationen über COVID-19 eindämmen. So warnt beispielsweise TikTok seine Nutzer mit einem Banner auf Videos vor ungeprüften Inhalten, Google zeigt bei Suchanfragen zu Impfstoffen verlässliche Informationen und Statistiken an. YouTube entfernte 30.000 Videos, die Behauptungen enthielten, die dem Konsens der Gesundheitsbehörden widersprachen. Diese und weitere Bemühungen führen die Online-Plattformen, die den von der Europäischen Kommission erarbeiteten Verhaltenskodex unterzeichnet haben, in ihrem am 25. März 2021 veröffentlichten monatlichen Bericht auf. Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, begrüßte den eingeschlagenen Weg und kündigte an, den Verhaltenskodex gegen Desinformation durch einen praktischen Leitfaden und einen solideren Rahmen für seine Überwachung stärken zu wollen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210325-corona-desinformationen_de

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/reports-january-actions-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

4. Europäische Kommission konsultiert zu schärferen Maßnahmen für Online-Plattformen

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 1. April 2021 einen sogenannten Fahrplan für die für das zweite Quartal 2021 vorgesehene Mitteilung über verbesserte Leitlinien für den Verhaltenskodex für Online-Plattformen. Mit der Unterzeichnung des Verhaltenskodex für Desinformation im Jahr 2018 verpflichteten sich Online-Plattformen und andere Interessenträger, gegen falsche und irreführende Inhalte vorzugehen. Der Kodex habe zu Verbesserungen bei den Nutzungsbedingungen der Plattformen und zu engerer Zusammenarbeit mit Faktenprüfern geführt. Eine Bewertung habe jedoch Inkonsistenzen bei der Anwendung und Lücken bei den Verpflichtungen des Kodex ergeben. Bis zum 29. April 2021 kann Feedback zu diesem Fahrplan gegeben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12968-Guidance-on-tackling-disinformation>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Starke Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der Europäischen Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im März 2021 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 4,0 Punkte auf -10,8 Punkte und in der Europäischen Union um 3,6 Punkte auf -12,1 Punkte. Der Index liegt nunmehr im Euroraum über seinem langfristigen Durchschnitt von -11,1 und in der Europäischen Union nahe bei seinem langfristigen Durchschnitt von -10,6.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Einkäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten?

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/flash_consumers_2021_03_en.pdf

2. Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich spezifischer Grenzwerte für Anilin

Der Rat der Europäischen Union erhob am 22. März 2021 keine Einwände gegen die Änderung der Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich spezifischer Grenzwerte für Anilin in bestimmtem Spielzeug. Die vorgeschlagene Richtlinie legt einen Grenzwert für Anilin in Textilspielzeug und Lederspielzeugmaterial von 30 Milligramm pro Kilogramm nach reduktiver Spaltung und einen Grenzwert für Anilin in Fingerfarben von 10 Milligramm pro Kilogramm als freies Anilin und 30 Milligramm pro Kilogramm nach reduktiver Spaltung fest. Reduktive Spaltung bedeutet, dass Anilin nach Aufspaltung von Azofarbstoffen entsteht. Die Richtlinie kann in Kraft treten, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<https://www.consilium.europa.eu/media/48929/st07242-en21.pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5636-2021-INIT/de/pdf>

TERMINVORSCHAU

Rat der Europäischen Union

Sonderausschuss Landwirtschaft (12. April 2021)

Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik für die Zeit nach 2010.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (12. April 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über die digitale operative Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (13. April 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (13. April 2021)

Rechtsakte zu digitalen Dienstleistungen und digitalen Märkten (Sachstand); Präsentation zu eGovernment; Daten-Governance-Akt (Vorstellung von Kompromissvorschlag).

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (14. April 2021)

Vorschlag für eine Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Niveau der Cybersicherheit in der gesamten Union.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (14. April 2021)

Digitales Grünes Zertifikat (Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament); Koordinierung bei Covid-19-Impfstoffen (Bericht der Europäischen Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Audiovisuelle Medien“ (16. April 2021)

Mitteilung der Kommission über Digitalen Kompass für 2030.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum“ (16. April 2021)

Schlussfolgerungen des Rates zur Politik des geistigen Eigentums; Bekämpfung von Fälschungen; EU-Taskforce für die industrielle Skalierung von COVID-19-Impfstoffen.

Videokonferenz der Wirtschafts- und Finanzminister (16. April 2021)

Stand der Kapitalmarktunion.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum“ (19. April 2021)

Copyright im digitalen Binnenmarkt; Schutz von Datenbanken; Umsetzung der Richtlinie über die Wahrnehmung kollektiver Rechte.

Rat Allgemeine Angelegenheiten (20. April 2021)

EU-Koordination im Kampf gegen COVID-19; Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit und des Netzes nationaler Koordinierungszentren (Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates).

Ausschuss für Finanzdienstleistungen (21. April 2021)

Prüfberichte zu Finanzmärkten; Verbriefungen.

Europäisches Parlament

Rechtsausschuss (12./13. April 2021)

Eine pharmazeutische Strategie für Europa.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (12./13. April 2021)

Wettbewerbsfähige und faire Märkte im digitalen Bereich (Gesetz über digitale Märkte); Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste); Der angemessene Schutz personenbezogener Daten durch das Vereinigte Königreich; Verhinderung der Verbreitung von terroristischen Inhalten im Internet; Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Bescheinigungen über Impfung, Tests und Wiederherstellung zur Erleichterung des freien Verkehrs während der COVID-19-Pandemie (Digitales Grünes Zertifikat).

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (13. April 2021)

Einrichtung des Programms „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021-2027; Europäische Data Governance (Data Governance Act); Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Niveau der Cybersicherheit in der gesamten Union; Öffentliche Anhörung: Dekarbonisierung des Energiesystems; Stand der Sekundärgesetzgebung auf der Grundlage des Pakets „Saubere Energie für Alle“.

Entwicklungsausschuss (13. April 2021)

Eine Farm-to-Fork-Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (14. April 2021)

Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2021; Gemeinsame Debatte über das „Paket zur Digitalisierung des Finanzsektors“.

Ausschuss für internationalen Handel (14./15. April 2021)

Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (14./15. April 2021)

Förderung der Verwendung alternativer Kraftstoffe im Verkehrswesen (Öffentliche Anhörung).

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (14./15. April 2021)

Die digitale Zukunft Europas gestalten: Hindernisse für das Funktionieren des digitalen Binnenmarkts beseitigen und die Nutzung von KI für europäische Verbraucher verbessern; Eine Farm-to-Fork-Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem; Präsentation des Berichts der Kommission über die Anwendung der Richtlinie (EU) 2015/2302 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen.

Sonderausschuss zu Krebsbekämpfung (15. April 2021)

Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Stärke durch Zusammenarbeit: Austausch von Wissen und Daten und Verbesserung der grenzüberschreitenden Pflege zur Bekämpfung von Krebs“.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (15./16. April 2021)

Europäisches Klimagesetz (Bericht über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen); Eine verstärkte Rolle für die Europäische Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement für Arzneimittel und Medizinprodukte; Delegierte Verordnung der Kommission hinsichtlich der Bedingungen für Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln; Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle über „Die Nutzung holzartiger Biomasse zur Energieerzeugung in der EU“; Umsetzung des Lebensmittelkontrollrechts; Vorschlag für eine

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesundheitstechnologiebewertung.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (21. April 2021)

Taxonomie zur Abmilderung und zur Anpassung an den Klimawandel; Überprüfung der Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung; Folgemaßnahmen zum Weißbuch über künstliche Intelligenz.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur und Informationsgesellschaft (14. April 2021)

Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität; Cybersicherheit und Resilienz kritischer Einrichtungen; Europas Medienaktionsplan; Offshore-Strategie für erneuerbare Energien.

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umwelt (15. April 2021)

Frauen im Fahrersitz nachhaltiger Innovation in der Landwirtschaft; Bewertung der Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden; Bewertung der Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die territoriale Entwicklung des ländlichen Raums; Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit; Umsetzung einer Harmonisierung des Markteintritts für Nahrungsergänzungsmittel in der EU: Lösungen und bewährte Verfahren.

Fachgruppe Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Bürgerschaft (16. April 2021)

Aufbau einer Europäischen Gesundheitsunion.

Europäischer Ausschuss der Regionen

Fachkommission für Wirtschaftspolitik (20. April 2021)

Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte (Initiativstellungnahme); Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele bis 2030 (Initiativstellungnahme)

Europäischer Gerichtshof

Schlussanträge in der Rechtssache C 65/20 (15. April 2021)

Verschuldensunabhängige Produkthaftung einer Tageszeitung für unrichtigen Gesundheitstipp?

Urteil in der Rechtssache C 826/19 (22. April 2021)

Rechte von Passagieren bei Flugumleitung auf einen nahegelegenen anderen Flughafen.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T 44/20 (21. April 2021)

Markenstreit um Bildmarke von Chanel.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)